

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 18.01.2011
Sitzung Nummer:	11 (BVA/11/2011)
Sitzungsdauer:	17:00 - 18:15 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Raum 150

Gerd Schlaak
Vorsitzende/r

Anke Adermann
Protokollführer/in

Anwesend:

Vorsitz

Herr Gerd Schlaak

Mitglieder

Herr Arnold Bausemer
Herr Herbert Luksch
Frau Christine Paschke
Herr Bernd Prange

beratende Mitglieder

Herr Ernst Jesse

Stellvertreter

Herr Waldemar Schreiber
Herr Bernd Witt

Vertreter für Herrn Hardy Peter Güssau
Vertreter für Herrn Tilman Tögel

sachkundige Einwohner

Herr Volker Düsing
Herr Klaus-Dieter Weiß
Herr Hans-Joachim Wiesicke

Protokollführer

Frau Anke Adermann

von der Verwaltung

Frau Annemarie Theil
Herr Dirk Michaelis
Herr Thomas Müller
Frau Gudrun Stannull

Abwesend:

Mitglieder

Herr Hardy Peter Güssau
Herr Tilman Tögel

entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Axel Achilles
Herr Christian Isensee
Herr Bodo Strube

entschuldigt

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
 - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
 - 3 Informationen über den Fahrplanwechsel zum 10.01.2011
 - 4 Information zum Stand des Einsatzes investiver Mittel für die Errichtung von Bushaltestellen durch die Kommunen
 - 5 Feststellung des öffentlichen Teil der Niederschrift der 10. Sitzung vom 17.11.2010
 - 6 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Frau Braun, Vorsitzende des Schul-, Sport- und Kulturausschusses, eröffnet um 17:00 Uhr die gemeinsame Sitzung der Fachausschüsse.

Sie begrüßt auch im Namen von Herrn Schlaak die Mitglieder der beiden Fachausschüsse, Herrn Rößler, Geschäftsführer der Regionalverkehrsbetriebe Westsachsen GmbH sowie die Presse und wünscht allen ein frohes und gesundes neues Jahr.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung

Frau Braun stellt die ordnungsgemäße Ladung zur 11. Ausschusssitzung fest. Die Einladung mit der Tagesordnung wurde allen Mitgliedern des Bau- und Verkehrsausschusses fristgemäß am 07.01.2011 zugesandt.

Der Bau- und Verkehrsausschuss ist beschlussfähig (es sind 7 Mitglieder + 1 beratendes Mitglied des Bau- und Verkehrsausschuss anwesend – siehe Anwesenheit Seite 1).

Es gibt keine Ergänzungen zur Tagesordnung. Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

zu TOP 3 Informationen über den Fahrplanwechsel zum 10.01.2011

Dazu übergibt Frau Braun das Wort an Frau Dr. Bergmann.

Frau Dr. Bergmann informiert, dass der Fahrplanwechsel zum 10.01.2011 für die Schülerbeförderung ohne größere Probleme vollzogen werden konnte. Am 10.01.11 gab es kleinere Probleme, die unmittelbar gelöst werden konnten. Der Schülerverkehr laufe weitestgehend reibungslos.

In der 14.Sitzung am 14.12.2010 des Schul-, Sport- und Kulturausschusses wurde u.a. gefordert, dass die Schulen über den anstehenden Fahrplanwechsel informiert werden sollen und dass die Schulen die Fahrpläne spätestens am 20.12.2010 erhalten, um die Schüler/innen informieren zu können.

Die Schulen erhielten mit Datum vom 15.12.2010 ein Schreiben von Frau Theil mit der Information zum Fahrplanwechsel und der Bitte, die Schüler/innen ausreichend zu informieren. Die Fahrpläne wurden den Schulen ab 17.12.2010 zur Verfügung gestellt. Sie wurden aufgefordert, den Empfang des Briefes bzw. der Fahrpläne zu bestätigen.

Frau Braun dankt Frau Dr. Bergmann für die Ausführungen und erteilt nun Herrn Rößler das Wort.

Herr Rößler dankt für die Einladung und wünscht auch erst einmal allen ein gesundes neues Jahr. Er bestätigt im folgenden alle Aussagen von Frau Dr. Bergmann und bekräftigt noch einmal, dass bis heute keine Negativmeldungen zum Schülerverkehr eingegangen sind.

Die Beförderung für die Orte Ferchels und Bölsdorf ist trotz der Hochwassersituation abgesichert.

Frau Braun dankt und stellt die Ausführungen zur Diskussion.

Herr Janas möchte wissen, wann das Problem an der Grundschule Flessau (Wartezeiten vor und nach Unterricht zu lang sowie umstiegsfreie Fahrten) gelöst wird.

Frau Dr. Bergmann antwortet darauf, dass diese Probleme nach den Winterferien abgestellt werden (14.02.2011).

Herr Wiese fragt an, wie viel denn nun der zusätzliche ÖPNV dem Landkreis kostet.

Herr Ulbrich antwortet darauf, dass man dabei sei, dies aufzuarbeiten.

Herr Rößler bestätigt, dass sein Unternehmen dabei sei, die tatsächlichen Mehrleistungen aufzulisten. Bis diese fundierten Daten nicht da sind, sollte es keine Spekulationen geben. Einfach so eine Summe zu nennen, sei nicht seriös.

Frau Braun stellt die Anfrage, ob denn nun alle Schüler im System erfasst waren oder Schüler in der Liste fehlten?

Herr Rößler antwortet darauf, dass die Schüler der 11. und 12. Klassen und Berufsschüler sehr schwer zu erfassen sind, da sie mal fahren und mal nicht, das eigene Auto nehmen, Monatskarten bestellen, sie aber dann doch nicht bezahlen. Schätzungsweise sind es 350 – 400 Schüler, die sich als Selbstzahler auf verschiedene Linien verteilen.

Frau Bollfraß macht dazu folgende Anmerkungen: Gemäß § 71 des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt ist der Landkreis Träger der Schülerbeförderung im gesamten Landkreis Stendal. Ein unentgeltlicher Beförderungsanspruch gilt nur für die im Kreisgebiet wohnenden Schüler/innen der Klassen 1-10.

Gemäß § 3 der Satzung Schülerbeförderung ist bei einer Auslastung der Gesamtplatzanzahl von 75 % das Fahrzeug als überfüllt anzusehen.

Bei dem vorherigen Busunternehmen „Altmarkbus“ ist für die 11. und 12. Klassen reichte dieser Puffer vollkommen aus. Bei dem neuen Busunternehmen nicht.

Bei der Ausschreibung im Jahr 2009 hat man an sich an das „Wittenberger Modell“ gehalten.

Hier werden nur Schüler erfasst, die anspruchsberechtigt sind.

Frau Braun ergänzt, dass seit 1. August 2009 das Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes des Landes Sachsen – Anhalt in Kraft ist. Demnach haben die Schüler/innen der 11. und 12. Klassen einen Anspruch auf Kostenerstattung für Fahrten im ÖPNV zwischen Wohnung und Schule abzüglich eines jährlichen Eigenanteils von 100,00 €

Frau Bollfraß erläutert weiter, dass man allen Schüler/innen in allen Gymnasien des Landkreises gemeinsam mit stendalbus angeboten hatte, für die Monate Dezember und Januar Monats- bzw. Wochenfahrkarten zu bestellen. Diese wurden ihnen in der Schule verkauft.

Der Verkauf wurde nicht besonders gut angenommen. Es wurden lediglich 93 Fahrkarten bestellt und nicht mal alle bezahlt, damit auch nicht abgeholt.

Die Zahlen von Herr Rößler liegen bei ca. 300 Schüler/innen, die gefahren sein müssten.

Es ist sehr schwierig, die genaue Zahl dieser Fahrschüler zu erfassen. Daraus resultierte auch, dass letztendlich mehr Fahrschüler auf den Bussen waren.

Frau Braun forderte in der letzten Sitzung des Fachausschusses, dass noch einmal alle Berufsbildenden Schulen und Gymnasien des Landkreises eine Information erhalten, in der auf die Abrechnung der Schülerfahrtkosten für die Sekundarstufe II hingewiesen wird. Dies ist mit Datum vom 18.01.11 erfolgt.

Für Herrn Kloth sind die gegebenen Antworten nicht zufriedenstellend. Man sollte sich die gemachten Fehler ehrlich eingestehen. Er ist der Meinung, dass die Zahl von 300-400 Fahrschülern o.g. Schulen durchaus vergessen wurden. Man könne doch wohl die Zahlen an Hand der Klassenteiler und Zügigkeit der Schulen bestimmen. Zumindest hätte ein Puffer mit drin sein müssen.

Frau Dr. Bergmann antwortet darauf, dass diese Gruppe der Schüler/innen in den ganzen vergangenen 19 Jahren für die Planung der Schülerbeförderung keine Rolle gespielt hat. Man habe aber nicht vorsätzlich gehandelt und die Zahlen etwa deshalb nicht berücksichtigt.

Keiner von der Verwaltung habe bisher so einen Systemwechsel gemacht, obwohl hinter der Tätigkeit von Frau Bollfraß schon 2 Jahrzehnte Erfahrungen stehen. Die Erkenntnis ist jetzt da:

„Wir können es nur für das nächste Schuljahr besser machen.“

Dann soll ein gewisser Prozentsatz der Elft- und Zwölfklässler, von denen man dennoch nicht wisse, ob sie den Schülerverkehr nutzen, in die Planungen der zu befördernden Zahl von Schülern eingerechnet werden.

Frau Bollfraß erläutert noch einmal am Beispiel der Bestelllisten im Winckelmann Gymnasium, dass von den Schülern, die Fahrkarten bestellt haben, noch nicht einmal 50 % diese auch gekauft und abgeholt haben. Sie beschreibt anhand der Erfahrungen, dass noch nie alle Schüler/innen, die theoretisch mit dem ÖPNV fahren könnten, diesen auch nutzen. Eine Schülerzahl zu definieren ist einfach schwierig bzw. nur bedingt aussagekräftig.

Frau Braun sagt dazu, dass Erfahrungswerte gut sind. Aber sie ist trotzdem der Meinung, dass man diese Zahl hätte wissen müssen. Man sollte sich den Fehler eingestehen.

Frau Dr. Bergmann äußert, dass im gesamten Verfahren auch nicht durch das Büro, dass die Verwaltung begleitete und beraten hat, Zahlen in dem konkreten Sinne abgefordert wurden, wie sie heute eingefordert werden.

Herr Wiese weist diese Aussage ab, denn in den vergangenen Sitzungen des Fachausschusses wurde auf viele Sachen hingewiesen. Er ist der Meinung, dass vieles nicht bedacht wurde und alle froh sein können, dass kein Unfall passiert ist. Er fordert, dass alle Probleme aufgearbeitet werden und spricht dem Landkreis eine Inkompetenz im ÖPNV-Systemwechsel zum 01.11.2010 aus.

Er fragt weiter an, wie das Problem der Linienbusse für ältere Bürger gelöst wird, die zwecks Arztbesuche oder zum Einkaufen die Stadt erreichen wollen.

Herr Ulbrich bittet darum, diese Frage unter dem Tagesordnungspunkt 4 zu beantworten.

Herr Rößler schätzt ein, dass 2 kritische Monate hinter uns liegen und dass den Schülern und Eltern bezüglich der Schülerbeförderung viel zugemutet wurde. Das tut ihm leid, aber gegenseitige Schuldzuweisungen bringen niemanden weiter.

Der komplette Systemwechsel zum 01.11.10 war extrem und zeigt uns, dass zukünftig ein besseres Datensystem notwendig ist. Es sei zum Beispiel dringend erforderlich, dass die Aussagen zur Entwicklung der Schülerzahlen nicht erst im Mai gegeben wird, sondern schon früher. Man könne dann die Schülerströme erkennen und rechtzeitig die Kapazitäten planen. Der neue Fahrplan müsste jetzt schon begonnen werden, d.h. als erstes in den Grundschulen.

Eine Terminalschiene muss erarbeitet werden, dazu müsste es rechtzeitig Gespräche im und Daten vom Schulamt geben.

Eine vernünftige "Datenbasis" sei wichtiger denn je, alles sei nun strenger zu kalkulieren.

Herr Kloth sagt, die Aussagen sind völlig richtig.

Bei bestimmten Schülerzahlen muss der prozentuale Anteil angesetzt werden.

Sein Vorwurf ist, dass bei den Schülern der 11./12. Klassen 0 Prozent angesetzt wurden.

Frau Theil entgegnet, der Vorwurf ist berechtigt, man hätte die Schüler der Sekundarschule II prozentual schätzen können und nicht mit 0 rechnen dürfen.

Dieser Fehler ist gemacht worden. Es können aber auch nicht alle Schüler einbezogen werden.

Dieses sind aber keine hausgemachten Probleme, sondern es müssen dazu entsprechende Daten vom Kultusministerium und vom Landesverwaltungsamt zur Verfügung gestellt werden.

Und dieses einzufordern ist wiederum nur über den Spitzenverband möglich.

Frau Braun dankt für die Selbsteinschätzung und beendet den Tagesordnungspunkt

zu TOP 4 Information zum Stand des Einsatzes investiver Mittel für die Errichtung von Bushaltestellen durch die Kommunen

Zu diesem Tagesordnungspunkt übergibt Frau Braun das Wort an Herrn Ulbrich.

Herr Ulbrich greift als erstes die Frage von Herrn Wiese auf und berichtet, dass der Linienverkehr für den Jedermannverkehr zum 14.02.2011 geändert wird.

Danach werden für jeden Dienstag und Donnerstag, egal, ob Schul- oder Ferienzeit feste Liniefahrten angeboten. An allen anderen Tagen stehen zeitgleich Rufbusse bereit.

Er erläutert im folgenden die internen Arbeitsmaterialien:

- Prioritätenliste für die ÖPNV-Investitionsmaßnahmen 2011(Entwurf)
- Durch den Landkreis geförderte ÖPNV-Investitionen 2009-2011

die den Mitgliedern des Fachausschusses vorgelegt wurden.

Er gibt den Hinweis, dass die Meldung der Investitionsmaßnahmen aus der Verbandsgemeinde Seehausen noch fehlt (siehe Nr.9).

Im Vorjahr konnten Fördermittel des Landes gemäß § 8 ÖPNVG LSA in Höhe von 100 T€in Anspruch genommen werden.

Diese 100 T€wurden im vorliegenden Entwurf für die Maßnahmen 1-9 angesetzt.

Die Förderhöhe in diesem Jahr ist noch nicht bekannt.

Frau Braun dankt Herrn Ulbrich für die Ausführungen und betrachtet es als sehr positiv, dass das Land so ein Investitionsprogramm aufgelegt hat.

Sie bittet um Diskussionsbeiträge dazu.

Frau Schwarz stellt die Anfrage, ob hier nur geförderte Maßnahmen erfasst sind, oder ob noch andere Maßnahmen dazu kommen, wie z.B. die Haltestelle Osterburg/Krumker Straße?

Herr Ulbrich erklärt, dass die Bereiche Osterburg und Seehausen noch nicht abschließend gemeldet haben, so dass es noch weitere Projekte geben wird.

Als zusätzliche Maßnahme wird z.B. der Wetterschutz an der Wischelandhalle Seehausen geplant.

Frau Braun hält diese Maßnahme für dringend erforderlich, da an der Wischelandhalle viele Busse und damit viele Kinder ankommen.

Vielleicht kann man auf lange Sicht auf dem Gelände der ehemaligen Sekundarschule Seehausen später auf Grund des größeren Platzangebotes den Busverkehr ausdehnen.

Dieses ist aber nur ein Gedanke und soll heute nicht weiter diskutiert werden.

Da es keine weiteren Diskussionsbeiträge gibt, richtet sie den Dank an die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses und dankt für die Teilnahme am gemeinsamen Fachausschuss.

Sie verabschiedet diese und verweist darauf, dass die Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses im Raum 06 im Altbau fortgesetzt wird. Der Schul-, Sport- und Kulturausschuss verbleibt im Raum 150 und setzt hier die Sitzung fort.

Sie schließt den Tagesordnungspunkt 4.

zu TOP 5 Feststellung des öffentlichen Teil der Niederschrift der 10. Sitzung vom 17.11.2010

Nachdem es seitens der Ausschussmitglieder keine Ergänzungen, Hinweise und Änderungswünsche gibt, erklärt Herr Schlaak die Niederschrift der 10. Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses vom 17.11.2010 für genehmigt.

zu TOP 6 Anfragen und Hinweise

Herr Schlaak bittet Herrn Müller, Sachgebietsleiter Straßenbau, einige Informationen zum bisherigen Winterdienst zu geben.

Herr Müller antwortet darauf in Hinblick auf den Streusalzverbrauch, dass ursprünglich in den Streusalzhallen der Kreisstraßenmeistereien Osterburg und Tangermünde jeweils 400 t eingelagert wurden. Insgesamt sind im Dezember 2010 und im Januar 2011 zusammen 685 t nachgeliefert worden. Verbraucht wurden bisher ca. 950 t Streusalz und ca. 225 t Sole. Bei einem Durchschnittspreis von 80 €/je Tonnen sind damit allein für Streusalz 76.000 € verbraucht worden. Vorhanden sind noch in beiden Kreisstraßenmeistereien zusammen 535 t. Der Deutsche Straßendienst Bernburg ist als Lieferant vertraglich gebunden und wird bei Bedarf nachbeauftragt.

Insgesamt wurden je KSM 31 Einsätze gefahren mit den 11 Winterdienstfahrzeugen – damit ergeben sich ca. 2.400 Einsatzstunden.

Im Vergleich zu weiter zurückliegenden Jahren ergibt sich ein Mehraufwand in der Fahrzeughaltung. Hier werden Ausgaben für Kraftstoffe, Fahrzeugreparaturen und Schürfleisten der Schneepflüge zusammengefasst. Für Kraftstoffe sind allein im Dezember 2010 27.000 € ausgegeben worden. Unter normalen Bedingungen sind es ca. 15.000 €. Bei häufigen Schneepflügeinsätzen ist der Verschleiß der angebrachten Schürfleisten sehr hoch. Diese müssen dann nachbestellt werden. Ein Satz für alle Fahrzeuge kostet ca. 9.000 €. Zwei bis drei Sätze werden pro Wintersaison benötigt. Auch die Kosten für die Fahrzeugreparaturen sind deutlich gestiegen. Unter anderem war ein Getriebeschaden an einem Unimog zu verzeichnen. Bei den Baujahren der eingesetzten Maschinen ab 1993 ist es vor auszusehen, dass die Reparaturen ansteigen.

Herr Schlaak möchte gerne wissen, ob es besser wäre, wenn man den Schnee gleich liegen lässt.

Herr Müller erklärt, dass es von der zu erwartenden Schneehöhe abhängt. Bei nur 2 – 3 cm kann ein Schneepflug nicht eingesetzt werden. Darüber hinaus wird geschoben, aber auch nicht unbedingt Salz gestreut. Erst wenn die Schneefälle aufhören, wird Salz eingesetzt und versucht, den Schneematsch herunterzuschieben. Das geschieht mit einem leichten Schneepflug mit Gummi-Schürfleisten.

Herr Schlaak fragt nach, ob der Landkreis für die weiteren Wintermonate gerüstet sei.

Herr Müller bejaht dies und ergänzt, dass Salz bei Bedarf nachbestellt werden kann.

Herr Schreiber fragt, warum wir kein Salz aus Zielitz liefern lassen, da die Entfernung kürzer ist.

Herr Müller erklärt, dass nur solches Streusalz ausgeschrieben wird, das die Forderungen der entsprechenden Technischen Lieferbedingungen erfüllt. Diesen Bedingungen entspricht das Salz in Bernburg (es besteht zu 98 % aus NaCl). Lager für dieses Salz befinden sich aber im Bundesgebiet verteilt und der Landkreis wurde zum Beispiel auch aus Haldensleben beliefert. Die letzten Lieferungen stammten allerdings aus Zielitz. Dieses Salz ist jedoch feucht, deshalb mit „Anti-Back“-Mitteln durchsetzt, nicht so lange lagerungsfähig und in der Zusammensetzung anders.

Herr Wiesicke fragt, ob der Landkreis Fahrradwege streut bzw. räumt.

Herr Müller verneint dies, weil der Landkreis technisch nicht dafür ausgerüstet ist. Auf Radwegen müssten leichte Fahrzeuge eingesetzt werden. Radwege würden aber zum Teil durch die Gemeinden beräumt.

Herr Weiß bemerkt, dass es sein kann, dass der Landkreis zwar gut gerüstet ist, aber generell der Winterdienst überhaupt nicht geklappt hat und es nicht sein kann, dass eine Straße morgens noch nicht geräumt sei.

Herr Jesse bemerkt dazu, dass er nicht der Meinung sei, dass im Winter nichts geklappt habe und die Straßenwärter im Einsatz, ihre Leistungen erbringen würden, aber da nun mal Winter ist, muss sich der Autofahrer auf geänderte Fahrbahnbedingungen einstellen. Im Übrigen passierten bei schneebedeckten Straßen die wenigsten Unfälle.

Herr Müller fügt hinzu, dass der Landkreis bei ca. 500 km zu betreuenden Straßen mit Einsatz des Schneepfluges zur Schneeräumung ca. 6 Stunden für einen kompletten Umlauf benötigt und dass, selbst, wenn man 03:00 Uhr beginnt, die letzten Straßen erst um 09:00 Uhr dran sind. Will man diese Umlaufzeit halbieren, müsste man 22 Fahrzeuge einsetzen und bräuchte 44 Fahrer.

Herr Luksch wundert sich, dass die B 107 am 30.12.2010 erst um 11 Uhr geräumt wurde, und fragt wie das sein kann.

Herr Müller antwortet darauf, dass der Landesbetrieb Bau die B 107 betreut und in der Regel auch ab 03:00 Uhr die Bundesstraßen beräumt. Da die Bundesstraßen lange Linien darstellen und nicht wie Kreisstraßen im Landkreis zersplittert sind, sind die Umlaufzeiten auch viel kürzer. Vielleicht sei es ja die zweite Tour gewesen und die erste habe schon viel früher stattgefunden.

Frau Paschke will noch etwas über das Schlaglochprogramm wissen.

Herr Müller erklärt dazu, dass er auch noch nichts genaues dazu wisse, aber selbstverständlich einen Antrag stellen wolle, wenn sich die Gelegenheit dazu biete.

Herr Schlaak bedankt sich bei Herrn Müller für seine Ausführungen und stellt fest, dass es keine Änderungen diesbezüglich geben wird, da der Landkreis wenig finanzielle Mittel hat und in der Zukunft auch haben wird.